

Frauen vor Gewalt schützen

Gewalt gegen Frauen ist in Berlin trauriger Alltag: Statistisch gesehen werden jeden Tag 27 Frauen in unserer Stadt Opfer von häuslicher Gewalt. In den vergangenen beiden Jahren wurden allein 20 Frauen von Männern im Rahmen partnerschaftlicher oder häuslicher Gewalt getötet¹. Diese Zahlen sind erschreckend und sie steigen seit Jahren immer weiter an.

Besonders zu Hause laufen Frauen Gefahr, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden und psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein. Dennoch wird das Thema bis heute in der Öffentlichkeit weitgehend tabuisiert und verharmlost, sodass zu befürchten ist, dass die Dunkelziffer der Gewalttaten deutlich höher liegt.

Frauen und auch ihre Kinder verdienen unseren Schutz, unsere Hilfe und Unterstützung, und zwar nicht erst, wenn es zu spät ist. Als CDU Berlin fordern wir deutlich härter und konsequenter gegen die Täter vorzugehen und Frauen in unserer Stadt besser zu schützen. Dabei setzen wir auf folgende Maßnahmen:

Elektronische Fußfesseln für Frauenschläger: Wir ermöglichen den Einsatz der **elektronischen Fußfessel zur Überwachung von Frauenschlägern** durch eine rechtssichere Regelung im „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz“ (ASOG). Denn trotz gerichtlich verhängter Kontakt- und Näherungsverbote kommt es immer wieder zu schweren Gewalttaten. Nach dem Vorbild Spaniens wollen wir Opfer von Wiederholungstätern auf Wunsch mit einer Technik ausstatten, die sie frühzeitig durch ein elektronisches Signal warnt, falls sich ein gewalttätiger Partner nähert.

Längeres Rückkehrverbot für Gewalttäter: Wir sorgen dafür, dass Gewalttätern künftig länger verboten wird, die gemeinsame Wohnung zu betreten und

1 ¹ vgl. <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-22513.pdf>

weiten dafür das **Rückkehrverbot von 14 auf 28 Tage** aus. So erhalten die Opfer mehr Zeit, weiteren Schutz beim Familiengericht zu beantragen. Das ist in der Regel erforderlich, um den Gewaltkreislauf zu durchbrechen.

Änderungen im Umgangsrecht: Wir sprechen uns für Änderungen im Sorge- und Umgangsrecht aus, damit bei Gewalt gegen den anderen Elternteil auch **der Umgang mit dem Kind beschränkt oder ausgeschlossen** werden kann. Außerdem muss verhindert werden, dass ein gewalttätiges Elternteil im Rahmen des Sorgerechts die neue Wohnanschrift des anderen Elternteils erfährt. Kinder haben ein Recht darauf, in einem gewaltfreien Umfeld aufzuwachsen.

Neuanfang so schnell wie möglich: Wir wollen dafür sorgen, dass Opfer von häuslicher Gewalt **so schnell wie möglich aus einer gemeinsamen Wohnung ausziehen** und schneller und unkomplizierter aus gemeinsamen Mietverträgen herauskommen können. Viele Betroffene wünschen sich einen Neuanfang in einer anderen Wohnung, oft dauert es jedoch lange, weil der Ex-Partner sich dem entgegenstellt.

Härtere Strafen für Frauenschläger: Wir fordern **im Strafrecht das Merkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“** beim Mord sowie bei der gefährlichen Körperverletzung und dem schweren Raub einzufügen. Anders als bei anderen Tatbeständen des Strafrechts findet dieses Merkmal aktuell bei Mord, bei Raub sowie bei Körperverletzung bisher keine Berücksichtigung.

Härtere Strafen für „Stalking“: Wir setzen uns dafür ein, die **Höchststrafe in Fällen von Nachstellung („Stalking“) von drei Jahren auf fünf Jahre** zu erhöhen und die Höchststrafe für Verstöße nach dem Gewaltschutzgesetz von zwei auf fünf Jahre zu erhöhen.

Notruf-App für den ÖPNV: Um insbesondere Frauen und auch queere Personen besser vor Gewalt und Belästigung zu schützen, setzen wir uns für die Weiterentwicklung der Nora-Notruf-App für den ÖPNV ein und wollen diese im Rahmen eines Pilotprojektes in Kooperation mit der BVG testen. Für **schnelle Hilfe**

in bedrohlichen Situationen sollen Fahrgäste damit **per Knopfdruck** unauffällig und ohne Anruf die Sicherheitskräfte alarmieren können und automatisch ihren Standort übermitteln können.

Stärkerer Opferschutz: Um Betroffene von Gewalt besser zu schützen und weitere Übergriffe zu verhindern, schaffen wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die **Polizei Auskünfte über die Daten von Opfern verweigern** und darauf hinwirken kann, dass andere Behörden sowie öffentliche und private Stellen ebenso verfahren. **Fallkonferenzen** sollen behördenübergreifend genutzt werden können, um den Wissensaustausch zwischen verschiedenen Stellen (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Familiengericht, Ordnungsamt) zu verbessern, Maßnahmen besser abstimmen und Opfer von Gewalt besser schützen zu können. Zudem soll der Zugang zu **niedrigschwelligen Beratungs- und Vermittlungsstellen** erleichtert werden, indem die Kontaktdaten von Opfern und Tätern automatisch an geeignete Stellen übermittelt werden.

Mehr Frauenhausplätze: Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen sowie Interventionsstellen für viele Frauen oft der einzige Weg, aus gewalttätigen Situationen zu fliehen. Deswegen bekräftigen wir unsere Forderung, das Angebot an **Frauenhausplätzen in unserer Stadt dauerhaft zu erhöhen** und die entsprechenden Beratungsmöglichkeiten sicherzustellen. Wir bekennen uns zu dem Ziel, ein **neuntes und zehntes Frauenhaus in Berlin** zu errichten. Deren langfristige Finanzierung ist durch die zuständige Senatsverwaltung sicherzustellen sowie die Platzvergabe künftig noch effizienter zu gestalten.

Beschlossen durch den Landesvorstand der CDU Berlin auf seiner Sitzung am 27.06.2025